POLITISCHE
FORDERUNGEN

Mehrsprachigkeit anerkennen. Teilhabe sichern.

Im Anschluss an den Fachtag

Mit(Sprache) – Mehrsprachigkeit stärken.
Diskriminierung abbauen.
Demokratie leben“

23. September 2026 · Berlin

Herausgegeben von
Yekmal e. V. – BEFaN
Berliner Fachnetzwerk für
Mehrsprachigkeit und Bildung
Redaktion: Remziye Uykun

Politische Forderungen

Mehrsprachigkeit ist gesellschaftliche Realität. Ihre Anerkennung und Förderung dürfen nicht vom Engagement einzelner Fachkräfte oder von zeitlich begrenzten Projekten abhängen. Mehrsprachige Bildung, wirksamer Diskriminierungsschutz und demokratische Teilhabe brauchen verbindliche Strukturen, qualifiziertes Personal und eine verlässliche Finanzierung.

Wir richten unsere Forderungen an das Berliner Abgeordnetenhaus, den Senat und die zuständigen Senatsverwaltungen sowie an Bezirke und Träger. Sie sind aufgefordert, in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich bestehende Verpflichtungen umzusetzen, Förderlücken zu schließen und die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen.

1. Mehrsprachige Bildung verbindlich umsetzen und ausbauen
Mehrsprachigkeit muss in Bildungsprogrammen, pädagogischen Standards und im Alltag von Kitas und Schulen systematisch berücksichtigt werden. Bestehende gesetzliche Aufträge sind durch konkrete Maßnahmen, klare Zuständigkeiten und verlässliche Finanzierung umzusetzen.

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau des Erstsprachenunterrichts und bilingualer Bildungsangebote. Dazu gehören die Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften, geeignete Unterrichtsmaterialien und der Abbau von Förderhindernissen. Minorisierte und historisch verfolgte Sprachen wie Kurdisch und Romanes müssen ausdrücklich berücksichtigt werden.

Sprachdiagnostische Verfahren müssen die mehrsprachige Entwicklung von Kindern berücksichtigen. Begrenzte Deutschkenntnisse dürfen nicht mit einer allgemeinen sprachlichen Entwicklungsverzögerung gleichgesetzt werden.

2. Personal, Qualifizierung und bezahlte Arbeitszeit absichern
Mehrsprachige und diskriminierungssensible Bildungsarbeit braucht ausreichend qualifiziertes Personal. Mehrsprachigkeit, Antidiskriminierung und die professionelle Zusammenarbeit mit Eltern müssen verbindlich in den einschlägigen Studiengängen, Ausbildungen und Fortbildungen verankert werden.

Wir fordern finanzierte Zeitkontingente für Fortbildung, fachliche Reflexion und die Zusammenarbeit mit Eltern. Diese Aufgaben müssen in der Personalbemessung und Finanzierung der Einrichtungen berücksichtigt werden und innerhalb der bezahlten Arbeitszeit stattfinden können.
Mehrsprachige Kompetenzen sind in Stellenausschreibungen, bei der Personalauswahl und in der Personalentwicklung gezielt anzuerkennen.

3. Verständliche Kommunikation und qualifizierte Sprachmittlung gewährleisten
Sprachliche Barrieren dürfen den Zugang zu Bildung, Verwaltung und öffentlichen Angeboten nicht einschränken. Zentrale Informationen zu Angeboten, Rechten, Anmeldungen und Beteiligungsmöglichkeiten müssen verständlich und bedarfsgerecht mehrsprachig zugänglich sein.
Für Aufnahme-, Beratungs-, Entwicklungs- und Konfliktgespräche muss bei Bedarf qualifizierte Sprachmittlung kostenfrei zur Verfügung stehen. Dafür braucht es eine dauerhaft gesicherte Finanzierung, klare Zuständigkeiten und ein einfaches Buchungsverfahren, beispielsweise über einen öffentlich finanzierten Dolmetschpool.

Kinder dürfen nicht als Dolmetschende eingesetzt werden. Sprachmittlung darf nicht von der Verfügbarkeit von Angehörigen oder ehrenamtlicher Unterstützung abhängen.

4. Diskriminierungsschutz wirksam durchsetzen
Bestehende Schutzrechte müssen im Alltag von Bildungseinrichtungen und Behörden wirksam werden. Wir fordern verbindliche Antidiskriminierungskonzepte mit klar benannten Verantwortlichkeiten, regelmäßigen Fortbildungen und überprüfbaren Maßnahmen.

Jede Einrichtung benötigt verständliche Informationen über interne und unabhängige Beratungs- und Beschwerdewege. Verfahrensschritte und Bearbeitungsfristen müssen transparent sein. Betroffene müssen Beschwerden ohne Angst vor Nachteilen vorbringen können.

Auch sprachbezogene Diskriminierung muss erkannt und bearbeitet werden. Beschwerden sind datenschutzgerecht zu dokumentieren und anonymisiert auszuwerten, damit wiederkehrende Probleme zu institutionellen Veränderungen führen.

5. Migrant*innenorganisationen gleichberechtigt beteiligen und verlässlich fördern
Die Expertise von Migrant*innenorganisationen und mehrsprachigen Communitys muss frühzeitig und kontinuierlich in Bildungsplanung, Qualitätsentwicklung und politische Entscheidungsprozesse einfließen.

Wir fordern verbindliche Vertretungsmöglichkeiten in relevanten Gremien und Arbeitsgruppen sowie eine Beteiligung an der Entwicklung, Umsetzung und Auswertung von Maßnahmen. Für diese Mitwirkung müssen angemessene Vergütungen sowie Personal- und Koordinationsressourcen bereitgestellt werden.

Dauerhafte Strukturen brauchen mehrjährige Fördervereinbarungen, die auch Personal- und Verwaltungskosten abdecken. Förder- und Antragsverfahren müssen verständlicher, zugänglicher und dem Umfang der Förderung angemessen gestaltet werden.

6. Elternpartizipation als reguläre Aufgabe absichern
Eltern müssen unabhängig von Sprache, Herkunft und Bildungsbiografie an der Gestaltung von Kitas und Schulen mitwirken können. Wir fordern Beteiligungskonzepte, die gemeinsam mit Eltern entwickelt und regelmäßig überprüft werden.

Einrichtungen müssen verständlich darüber informieren, welche Rechte Eltern haben, wo sie mitentscheiden können und wie ihre Vorschläge berücksichtigt werden. Neben schulischen Gremien braucht es niedrigschwellige Beteiligungsformate wie mehrsprachige Elterncafés, offene Sprechstunden, thematische Gesprächsrunden und gemeinsame Projekte. Sie müssen zeitlich flexibel, verständlich und bei Bedarf mit Sprachmittlung und Kinderbetreuung gestaltet werden, damit Eltern ihre Perspektiven einbringen und Entscheidungen mitgestalten können.Die Zusammenarbeit mit Eltern muss auch durch ausreichende Personalzeit finanziert werden.

7. Bibliotheken als mehrsprachige Bildungs- und Begegnungsorte stärken
Öffentliche Bibliotheken brauchen verlässliche Ressourcen, um die sprachliche Vielfalt Berlins in ihren Beständen, Angeboten und Personalstrukturen abzubilden.

Wir fordern, mehrsprachige Bestände, regelmäßige Veranstaltungen und Kooperationen mit Migrant*innenorganisationen verbindlich in der Bibliotheksentwicklungsplanung und in Zielvereinbarungen zu berücksichtigen. Dafür sind ausgewiesene Budgets, ausreichende Personalressourcen und eine angemessene Vergütung der Kooperationspartner vorzusehen.

Die Auswahl und Entwicklung der Angebote soll gemeinsam mit den Communitys erfolgen. Mehrsprachige Kompetenzen und diskriminierungssensible Arbeit müssen bei der Personalgewinnung und Qualifizierung gezielt berücksichtigt werden.

8. Begegnung und demokratische Teilhabe dauerhaft fördern
Niedrigschwellige Begegnungsangebote, politische Bildung und die Vernetzung im Sozialraum brauchen eine verlässliche öffentliche Finanzierung. Angebote müssen gemeinsam mit den Menschen entwickelt werden, die sie erreichen sollen.

Wir fordern mehrjährige Fördermöglichkeiten für die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Familienzentren, Verwaltung und Migrant*innenorganisationen. Die Förderung muss auch Koordination, Beziehungsarbeit, Raumnutzung und die vergütete Mitwirkung von Communitys abdecken.

Angebote sollen wohnortnah, kostenfrei oder kostengünstig sowie sprachlich und zeitlich zugänglich sein. Ihre Weiterentwicklung muss auf den Erfahrungen und Rückmeldungen der Beteiligten aufbauen.

Verantwortung übernehmen und Umsetzung sichern

Alle angesprochenen Akteur*innen sind aufgefordert, die Forderungen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich aufzugreifen, konkrete Umsetzungsschritte festzulegen und die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Wo Zuständigkeiten ineinandergreifen, braucht es verbindliche Abstimmung und Zusammenarbeit.

Fortschritte und bestehende Lücken müssen transparent gemacht werden. Die Menschen und Organisationen, deren Perspektiven und Erfahrungen den Forderungen zugrunde liegen, sind an der Umsetzung und Weiterentwicklung zu beteiligen.